Haushalt
Rat ö 17.05.2011

Unterstützung der Kampagne „Steuer gegen Armut“ (CDU-Fraktion/SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Ratsmitglied Herr Cheeseman) (TOP 6 d)

Beratungsverlauf:
Herr Dr. E. h. Brickwedde unterstreicht die breite Basis für diesen Antrag, der die Initiative vieler kirchlicher Organisationen aufgreife. In diesem werde die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert, um hierdurch möglichst global unproduktive Transaktionen zu dämpfen.
Herr Hagedorn äußert sich ebenfalls befriedigt über die breite Mehrheit für den Antrag. Er nimmt Bezug auf die Einzelheiten der schriftlichen Begründung.
Herr Henning äußert sich ebenfalls froh über die gemeinsame Initiative. Er hebt hervor, dass die bisher von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“ z. B. auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken einbeziehen sollte, die sich an den entsprechenden Spekulationen nicht beteiligt haben.
Herr Dr. Thiele legt namens der FDP-Fraktion dar, dass der Antrag wegen drohender Erfolglosigkeit nachdrücklich abgelehnt wurde. Er kritisiert gleichzeitig das Versagen der für die Finanzmärkte vorhandenen Kontrollinstrumente nachdrücklich.
Herr Cheeseman skizziert die Gründe für die gegenwärtige Situation der Finanzmärkte. Er sieht in der Finanztransaktionssteuer eine Möglichkeit, dringend benötigte Finanzmittel für andere Maßnahmen zu gewinnen.
Herr Mierke kritisiert den vorliegenden Antrag insoweit, als nicht deutlich werde, dass die zu erzielenden Einnahmen vor Ort der Bevölkerung zugute kommen sollen. Er unterbreitet daher den folgenden Änderungsantrag:
An den Antragstext soll der folgende Absatz 3 angefügt werden:
„Die Finanztransaktionssteuer soll so gestaltet werden, dass auch die kommunalen Haushalte davon profitieren.“
Herr Hagedorn widerspricht dem Inhalt des Änderungsantrages der UWG-Fraktion und macht deutlich, dass die Einnahmen der Transaktionssteuer zur Bekämpfung der Armut in der Welt eingesetzt werden solle.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Cheeseman unter Einbeziehung des Änderungsantrages von Herrn Mierke wie folgt herbei:

Abweichender Beschluss:
1. Der Osnabrück Rat unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut") nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen. Diese Einnahmen sollten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Bildungsbereich verwandt werden.
2. Der Stadtrat fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.
3. Die Finanztransaktionssteuer soll so gestaltet werden, dass auch die kommunalen Haushalte davon profitieren

Beratungsergebnis:
Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird zu Ziff. 1 und 2 mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Mitglieder der UWG-Fraktion **angenommen**. zu Ziff. 3 mehrheitlich ohne Enthaltungen gegen die Stimmen der Mitglieder der UWG-Fraktion **abgelehnt**.